



Österreich



SPÖ lässt Frauen gegen HLI-Terror im Stich

Die SLP plant die Weiterführung der Kampagne, die SPÖ sieht weiter zu. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Wie Opposition im ÖGB und in der AK aufbauen

Nach der AK-Wahl und dem Desaster bei den ÖBB stellt sich die Frage, wie eine klassenkämpferische Opposition aufgebaut werden kann. In Linz versammelten sich Dutzende ÖBBlerInnen aus Protest gegen die GdE-Spitze. SEITE 3

Schwerpunkt



EU-Wahlen: Ohrfeige für die Herrschenden?

Bei den EU-Wahlen 2004 zeichnen sich eine niedrige Wahlbeteiligung und das Aufkommen von rechten Populisten ab. Doch was tut sich auf der Linken? Ein Blick auf die "Linke.cc" und CWI-Kandidaturen in 3 Ländern. SEITEN 4/5

Internationales



Nigeria: Korruption und Massenelend im Öl-Land

Anlässlich des Besuchs von Segun Sango, ArbeiterInnenführer aus Nigeria, in Österreich wirft VORWÄRTS einen Blick auf die Situation im bevölkerungsreichsten Land Afrikas. SEITE 7

Diese Regierung macht krank!

Hanuschkrankenhaus in Wien vor Schließung? Widerstand notwendig!

Von Laura Rafetseder und Dr. med. Bernhard Vetter, beide SLP Wien-Mitte

“Wer kostet, soll zahlen” – das ist Wolfgang Schüssels Vorstellung von einem gerechten Gesundheitssystem. Auch Spitäler wie das traditionsreiche Hanuschkrankenhaus könnten geschlossen werden. Wir meinen: Hanusch bleibt und Schüssel muss weg!

Österreich liegt mit Gesundheitsausgaben von 8,9% BIP gerade im europäischen Mittelfeld. Trotzdem sollen in einer “Reform” nun Kosten und Leistungen reduziert werden. Eine Regierung spart an der Gesundheit der eigenen Bevölkerung.

SPITÄLER AUF DER ABSCHUSSLISTE

Aktuell steht das Hanuschkrankenhaus auf der Abschussliste der Regierung: Das traditionsreiche 534-Betten-Spital, versorgt täglich mehr als tausend PatientInnen ambulant und stellt 20% der Dialyseplätze der Bundeshauptstadt zur Verfügung. Nun heißt es, es sei eine verzichtbare Überkapazität und für das Defizit der WGKK verantwortlich. Daher solle bei medizinischen Leistungen, Medikamenten und Personal gespart werden. Der “Abgang” des Hanusch macht zwar nur 4% des Kassendefizits aus, doch der politische Druck hat bereits zu Personalreduktion und zur Schließung der Hautambulanz geführt. Die Kinderambulanz soll in Kürze folgen. Die neoliberale Sparlogik trifft gerade die Ambulanzen, die in der Erstversorgung Schlimmeres verhindern können. “Gesundheitsökonom” Christian Köck (ehemals Spitzenkandidat des Liberalen Forums) hat bereits erklärt, er sei am Betrieb des



“Wer kostet, soll zahlen!” - Das ist das brutale Motto der Neoliberalen

Hanuschkrankenhauses nach dem Vorbild eines privaten Unternehmens interessiert. Eine gefährliche Drohung! Denn Profitmaximierung steht gegen die naturgemäß kosten- und personalintensive Behandlung kranker Menschen nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden. Der wahre Grund für das Defizit der Kassen wird von Regierung und selbsternannten Spezialisten gerne verschwiegen: Die Schulden der Arbeitgeber bei den Gebietskrankenkassen betragen im letzten Jahr 897 Mio Euro. 405 Mio davon stammen aus Beiträgen, die den Arbeitnehmern zwar monatlich abgezogen wurden, die aber bei den Krankenkassen nicht eingelangt sind. Allein in Wien betragen die Arbeitgeberschulden bereits 328 Mio Euro. Zum Vergleich: die WGKK ist nach

Angaben des Hauptverbands mit 110 Mio Euro im Minus. Die angebliche Unfinanzierbarkeit des Gesundheitssystem ist eine Lüge, die Selbstbehalte und Kostendeckelungen wie bei der umstrittenen Gesundheitsreform in Deutschland rechtfertigen soll.

“NICHT KOSTENDECKEND”

Die Angriffe auf das Hanuschkrankenhaus sind kein Einzelfall – in ganz Österreich drohen Spitalsschließungen und Auslagerungen. Die niederösterreichische ÖVP hat ihre Vorstellung von einem “schlanken” Gesundheitswesen bereits klar gemacht – wenige zentrale “Gesundheitszentren” sollen größere Regionen versorgen. Das österreichische “Wirtschaftsforum der Führungskräfte” empfiehlt in einer Aussendung an Gesund-

heitsministerin Rauch-Kallat gleich die vollständige Privatisierung von Spitälern und Kassen sowie Schließungen von kleineren Spitälern oder deren Umwidmung in Pflegeheime. Vorbereitet werden soll eine Reform nach dem deutschen Vorbild: sozial unverträgliche Selbstbehalte und Kostendeckelungen führten dort bereits zu zehnprozentigen Patiententrückgängen in den Ambulanzen und zu Protesten der Patienten- und Ärzterevertreter. In Großbritannien werden älteren Menschen wichtige Operationen und Behandlungen verweigert, wenn diese zu teuer sind. Außerdem: Wer pflegt die Kranken, wenn es die öffentliche Hand nicht mehr macht? In Vorarlberg hat die ÖVP die Aktion “Ehrenamt – unverzichtbar, unbezahlbar” gestartet. PensionistInnen und Frauen sollen unbezahlt die Arbeit

übernehmen, für die angeblich kein Geld mehr da ist.

WO BLEIBT DER ÖGB?

Ein Gegenprogramm zu den neoliberalen Angriffen auf das Gesundheitssystem müsste ein definitives Nein zu Privatisierung, Kürzungs- und Sparpolitik beinhalten. Um auch in Österreich wirksam gegen die Angriffe auf das Gesundheitssystem vorgehen zu können, ist ein kämpferischer Kurs des ÖGB nötig. Krankenschließungen müssen mittels Mobilisierung aller Betroffenen durch die Gewerkschaften verhindert werden. Gerade im Gesundheitsbereich sind die Beschäftigten mit massiver Antistreibpropaganda konfrontiert – eventuelle Streiks gingen laut Regierung ja auf Kosten der Patienten. Wenn diese Argumentation hingenommen wird, müssten die Beschäftigten immer miesere Arbeitsbedingungen akzeptieren ohne sich wehren zu können. Solidarität und Unterstützung von außen sind daher besonders wichtig. Gemeinsam mit Beschäftigten, PatientInnen und AnrainerInnen konnten in Großbritannien und Deutschland durch Kampagnen um Krankenhäuser Verschlechterungen für Patienten und Personal verhindert werden. Wir meinen: Wenn es unmöglich ist, optimale Gesundheitsversorgung aller unabhängig von Einkommen und sozialem Status zu ermöglichen, dann ist am System etwas faul: In einer modernen Gesellschaft besteht der “Profit” nämlich in der Gesundheit der Bevölkerung. Auch das Hanuschkrankenhaus kann durch eine Kampagne von AnrainerInnen, PatientInnen und Krankenhauspersonal verteidigt werden!

Der Standpunkt

Was macht den Menschen zum Tier?

von Sonja Grusch



US-SoldatInnen erniedrigen irakische Gefangene, zwingen sie zu sexuellen Handlungen, führen sie an der Leine vor. Die Erklärung von „durchgeknallten US-Militaristen“ greift zu kurz – ähnliche Ereignisse in anderen Kriegen und Besetzungssituationen sowie die Beteiligung von Frauen zeigen, das mehr dahinter steckt. Etwa der Wunsch der USA um jeden Preis die Kontrolle über den Irak zu behalten. Die öffentliche Unterstützung schwindet – da müssen eilig „Beweise“ her, um den Krieg und die Besetzung zu legitimieren. Folter wird dafür in Kauf genommen, potentieller Widerstand soll eingeschüchert und damit im Keim erstickt werden. Die Berichte zeigen, dass es sich nicht – auch wenn die US-Administration das so darstellen möchte – um die Taten von Einzelnen handelt, sondern um Taten, die wahrscheinlich von ganz oben angeordnet wurden.

Aber was bringt Menschen dazu, sich so zu verhalten, solche „unmenschlichen“ Handlungen zu vollziehen? Und das scheinbar auch noch zu genießen? Die Struktur von Armeen dient dazu, Einzelne zu EmpfehlungsempfängerInnen zu machen, die nicht mehr selbst denken. Diese Struktur ist aber ein Spiegel der Arbeits- und Schulwelt, in der wir leben. Wir sollen Befehle ausführen, die andere geben, eigenes und v.a. kritisches Denken ist nicht gefragt, die Arbeitskraft muss „funktionieren“. Und aus dem „Nach-oben-buckeln“ wird oft ein „Nach-unten-treten“ – die Ehefrau, die Kinder und andere.

Natürlich sind jene, die solche Übergriffe und Folter durchführen keine armen, unschuldigen Opfer. Aber ihr unmenschliches Verhalten ist das Resultat einer entmenslichten Gesellschaft in der Profite über den Bedürfnissen der Menschen nach Wohnung, Essen, Gesundheit, etc. steht.

Der Kapitalismus ist nicht friedlich, selbst wenn einmal kein direkter Krieg stattfindet. Die Demütigung von „Untergebenen“, die soziale Gewalt durch Hunger und Elend, die Repression gegen KritikerInnen – all das ist die tagtägliche Gewalt im Kapitalismus, die verhindert, das Menschen sich menschlich verhalten. Vergewaltigung, Kindesmissbrauch und Folter sind daher die „Kollateralschäden“ des Kapitalismus, die zwar bedauert, aber in Kauf genommen werden. Hauptsache, die Kasse stimmt.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP) Sitz der Redaktion: 1070 Wien, Kaiserstraße 14/11; Chefredaktion: John Evers Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733 DVR: 0820202

Gegen den Terror von HLI!

SPÖ Wien versagt völlig und lässt Frauen im Stich / SLP will Kampagne weiterführen

Von Barbara Fröschl, SLP Wien-Margareten

Am 6. Mai veranstaltete die SLP im Café „Tachles“ eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wie gegen den Terror von HLI vorgehen?“. Am Podium saßen Beate Wimmer-Puchinger (Wiener Frauengesundheitsbeauftragte, SPÖ), Sabine Beham (ehemalige Leiterin der Lucina-Klinik) und Claudia Sorger (SLP-Frauensprecherin).

HLI-TERROR
GERICHTLICH ERWIESEN

Anlass ist das immer offensivere Auftreten der HLI AktivistInnen speziell im 2. Wiener Gemeindebezirk rund um die ehemalige Lucina-Klinik. Außerdem wurde auf der Veranstaltung die neueste Broschüre der SLP „Volle Selbstbestimmung für Frauen! Gegen den Terror der Abtreibungsgegner!“ präsentiert. Inhalt der Broschüre ist sowohl die Verteidigung der Lucina-Klinik, als auch der Prozess, den HLI gegen uns führte. Unser Vorwurf des „Psychoterrors“ den HLI mittlerweile seit Jahren gegen Frauen ausübt, konnte von dieser Organisation auch vor Gericht nicht entkräftet werden (der Prozess wurde von der SLP gewonnen).

Sabine Beham berichtete in ihrer Einleitung anhand etlicher Beispiele von dem Ter-

ror, dem sowohl ihre PatientInnen als auch sie und ihre MitarbeiterInnen ausgesetzt waren. Sogar mit Morddrohungen war sie jahrelang konfrontiert.

NÄCHSTE PROVOKATION:
„BABYCAUS-MUSEUM“

Im zweiten Bezirk plant HLI in der ehemaligen Lucina-Klinik, die auch wegen des Terrors von HLI aus finanziellen Gründen schließen musste, ein sogenanntes „Babycaus“-Museum zu eröffnen. Eine besonders rechte Geschmacklosigkeit gegenüber den Opfern des NS-Regimes: Der zweite Bezirk war schließlich vor dem Holocaust das Zentrum des jüdischen Lebens in Wien. Weiters hat HLI angekündigt, dass sie ein „Post Abortion Syndrom“ Heilungszentrum



Veranstaltung der SLP zum Thema: „Wie HLI-Terror stoppen?“ mit Claudia Sorger, Irene Müller (Moderatorin, SLP), Beate Wimmer-Puchinger und Sabine Beham (von links nach rechts).

in der Wohnung, wo früher die Mairo Klinik war, aufmachen wollen. Dort soll „psychologische Hilfe“ für Frauen angeboten werden. Die SPÖ, speziell im zweiten Bezirk, setzt diesen Aktivitäten von HLI wie auch in den vergangenen Jahren nichts entgegen und tut auch nichts um die Situation der betroffenen Frauen zu verbessern. So bedeutet die Schließung der Lucina-Klinik eine weitere Einschränkung für Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden haben.

SPÖ-WIEN SIEHT ZU

Auch die Situation in den 6 Wiener Spitälern, in denen ein Schwangerschaftsabbruch möglich ist, ist alles andere als optimal. Frauen, die sich nach einem Schwangerschaftsabbruch erkundigen werden

meist auf Beratungszeiten, die in der Regel in einem Ausmaß von 2-3 Stunden pro Woche angeboten werden, verwiesen, obwohl in Österreich keine Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch vorgeschrieben ist. Auf diese Missstände und das passive Verhalten der SPÖ von Claudia Sorger angesprochen meinte Beate Wimmer-Buchinger nur, dass sie nicht als Vertreterin der SPÖ auf der Veranstaltung sei und dazu nichts sagen könne. Auf der anderen Seite betonte sie die Errungenschaften der SPÖ um den Schwangerschaftsabbruch. Auch zu den anderen Forderungen der SLP, wie die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln und Abtreibung auf Krankenschein sagte sie relativ wenig. Bezüglich Abtreibung auf Krankenschein

meinte sie nur, dies sei rechtlich nicht möglich, da eine Schwangerschaft keine Krankheit sei. Ein etwas seltsames Argument, da beispielsweise eine Geburt auch keine Krankheit ist und trotzdem durch die Krankenversicherung abgedeckt ist. Eine konkrete Forderung, die Claudia Sorger in Bezug auf die Lucina-Klinik erhob, ist die Übernahme der Klinik durch die Gemeinde Wien und die Umwandlung in ein Frauengesundheitszentrum. Weitere Aspekte der Diskussion waren die relativ schlechte Situation in Bezug auf Schwangerschaftsabbruch und Verhütung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, wie Frankreich, wo beispielsweise an Jugendlichen Verhütungsmittel gratis abgegeben werden und es zumindest zu einer teilweisen Übernahme der Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen kommt.

NÄCHSTE SCHRITTE?

Die Veranstaltung war sehr gut besucht und viele brachten sich in die Diskussion ein. Das zeigt wie groß das Interesse am Kampf gegen den Terror der radikalen Abtreibungsgegner von HLI ist. Die SLP wird deshalb besonders in den nächsten Wochen versuchen diesen Kampf auf eine breitere Basis zu stellen und neue, aktive MitstreiterInnen dafür zu gewinnen.

Gewinne werden privatisiert, Verluste bleiben der Allgemeinheit

Das große Fressen!

Von Harald Mahrer, SLP Wien-Margareten

„Weniger Staat, mehr privat“. Die Kampfparole des Neoliberalismus gilt seit 20 Jahren als unantastbarer Glaubenssatz der Wirtschaftspolitik. Da dürfen natürlich auch die österreichischen Parlamentsparteien nicht fehlen. Bei Schwarz und Blau wundert sich ohnehin niemand über den Privatisierungswahn, hat doch die schwarz-blaue Regierung im Regierungsübereinkommen festgeschrieben, möglichst alles veräußern zu wollen, was an den „Privatmann“ zu bringen ist.

Doch auch SPÖ und Grüne stellen keinerlei Alternative dar. Zwar regte sich angesichts des Verkaufs des letzten Restes der VOEST verbaler Widerstand beider Parteien. Der Verdacht liegt jedoch nahe, dass es sich um „Wahlkampf-gags“ handelte. Während die FSG zur Menschenkette mobilisierte, die nicht viel mehr als eine SPÖ-Wahlkampfaktion war, versuchte die SPÖ vergessen zu machen, dass sie selbst den Großteil der ehe-



Demo der Gewerkschaft vor der ÖIAG-Zentrale in Wien

mals staatlichen Stahlindustrie unter den Hammer brachte. Dem grünen Professor Van der Bellen fiel damals auf die Frage der Tageszeitung „Die Presse“, ob er grundsätzlich gegen Privatisierung sei, nicht mehr ein, als ein schlichtes: „Nein.“ (Die Presse, 18. 07.03)

EFFIZIENZ?

In einer Studie, welche die Industriellenvereinigung 1999 in Auftrag gab, wird die an-

gebliche Ineffizienz öffentlicher Unternehmen, wie folgt begründet: „Durch diese Ausrichtung öffentlicher Unternehmen auf gesamtwirtschaftliche Ziele, wie z.B. auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und/oder auf die Stabilisierung der regionalen Kaufkraft, wird die einzelwirtschaftliche Zielsetzung des Unternehmens, nämlich Gewinne zu maximieren, verlas-

sen.“ (Privatisierung und Deregulierung in Ö. i. d. 90er: Stillstand oder Fortschritt?, Pressefassung; Schneider, Dreer; 28. 10. 99, Linz)

Das sind deutliche und ehrliche Worte, allerdings: Sie zeigen, Privatisierung hat nichts mit Effizienz zu tun, sondern mit Gewinnmaximierung. Gewinne privater Unternehmer wohlgemerkt. Das privatisierte Pensionswesen in Chile weist einen Verwaltungskostenanteil von 30% auf und

lässt 57% der ChilenInnen unversorgt. Die Gewinne für die Aktionäre stimmen allerdings. Zum Vergleich: Das angeblich unfinanzierbare öffentliche Pensionswesen Österreichs weist bei einem Versorgungsgrad jenseits der 90% einen Verwaltungskostenanteil von gerade mal 1,8% auf.

ALTERNATIVEN?

Die SLP fordert eine Vergesellschaftung aller Banken, Versicherungen und Schlüsselbetriebe, sowie deren Führung unter demokratischer Kontrolle durch Belegschaft, Gewerkschaft und KonsumentInnen. Nur so lassen sich wesentliche Bereiche öffentlicher Dienste und Produktion dem Diktat der Profitmaximierung entziehen und zum Wohle der Mehrheit erbringen.

WEBTIPP

Fehlgeschlagene Privatisierungen (bis 2004) auf <http://mond.at/~trotzki/interessantes/Privatisierung.htm>

Wo formiert sich Opposition im ÖGB heute?

AK-Wahl: Abfuhr für schwarz-blau, 2/3 für den FSG

Von Franz Breier jun.,
SLP Wien-Mitte

„Mit Jubel und tosendem Applaus für ihren Spitzenkandidaten Herbert Tumpel haben die im Anna-Boschek-Haus der Wiener Arbeiterkammer versammelten FSG-Funktionäre den prognostizierten Stimmzuwachs für ihre Fraktion in Wien quittiert.“ Das ist der ganze, doch eher knappe Kommentar auf der FSG-Homepage zum Endergebnis der AK-Wahlen. Während die ÖVP-Fraktion und Freiheitliche 2,2 bzw. 4,4 Prozentpunkte verloren, hält die FSG nun eine solide Zweidrittel-Mehrheit. Zweifelsohne bringt dieses Wahlergebnis eine weitere Niederlage für die Regierungsparteien. Doch dass die FSG-Spitze aufgrund dieses Ergebnisses ihre Politik zugunsten einer wirklich kämpferischen Politik für ArbeitnehmerInnen ändern wird, ist nicht abzusehen. So etwas wird ja nicht mal auf deren Homepage wortreich angekündigt. Die Fraktion „Gewerkschaftlicher Linksblock“ (GLB), auf dessen Liste in Wien auch AktivistInnen der SLP kandidierten, hat ein zweites Mandat trotz guter Rahmenbedingungen extrem knapp verfehlt. Der Grund: Ein fehlender Wahlkampf und das Unvermögen der GLB-Führung insgesamt an die Streikbewegung des letzten Jahres mit einem zeitgemäßen, kämpferischen Programm anzuknüpfen. Alles scheint nun (in der AK) weiterzugehen wie bisher.

Kundgebung der Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften am 3. April 2004 in Wien



VIEL NEUES AUS DER ÖBB

Alles? Nein, denn unter vielen KollegInnen macht sich Wut breit über den Kurs der Gewerkschafts- und FSG-Führung: Mitten in die AK-Wahlen kam das Ergebnis der Verhandlungen zum neuen ÖBB-Dienstrecht heraus. Dieses und neue Arbeitszeitregelungen stellen v.a. für Turnus-Bedienstete (Schicht-Dienst) eine gewaltige Verschlechterung dar. Die Spitzen der EisenbahnerInnen-Gewerkschaft verkündeten mit Freude, dass sogar Vizkanzler und Minister Gorbach (F) mit dem Ergebnis voll zufrieden sei. Ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen, die 2003 im

ÖBB-Streik viel riskiert haben. Auf Initiative einiger kämpferischer Eisenbahner in Oberösterreich kam es Mitte Mai zu einem Treffen von EisenbahnerInnen, die sich diesen Ausverkauf nicht gefallen lassen wollen.

TREFFEN WÜTENDER ÖBB-KOLLEGINNEN

Zum Treffen erschienen an die 80 Eisenbahner (aus mindestens vier Bundesländern), einige fanden keinen Platz mehr, etwa 10 Leute standen rund 3 Stunden, um der lebhaften Diskussion zu folgen. Die Gewerkschaftsspitze versuchte mit einigen Funktionären, den Unmut abzubremsen bzw. ein

Bild vom Ausmaß der Unzufriedenheit zu bekommen.

Die wesentlichen Diskussionspunkte umfassten die Fragen, wie man die Verschlechterungen noch stoppen kann, des Streiks bzw. un-demokratischen Streikabbruchs 2003, die negative Rolle der GdE-Führung sowie der Gründung einer eigenen kämpferischen Fachgewerkschaft. Vertreter der GUG (Grüne Eisenbahner) brachten die Idee einer Sammelklage ein. Dies stieß auf Interesse. Gleichzeitig waren jedoch auch Stimmen zu hören, welche die Effektivität dieser Mittel in Frage stellten. Als erster konkreter Schritt sind Klage und Einspruch auf je-

den Fall eine gute Möglichkeit, KollegInnen von verschiedenen Dienststellen zusammenzubringen. Viel wurde auch um Details der bevorstehenden Verschlechterungen diskutiert. Da die Informationspolitik der GdE-Personalvertretung sehr schlecht zu sein scheint, nutzten viele Kollegen verständlicherweise die Möglichkeit, den anwesenden Funktionären Fragen zu stellen. Diese nutzten dies wiederum, um Ergebnisse des Treffens zu verschleiern. Hierbei kam es einmal zu einem Wendepunkt, als ein wütender Eisenbahner die Initiative ergriff, den FSG-Funktionär niederschrie und forderte, konkret über Kampfmaßnahmen zu sprechen. Es ist heute noch zu früh, die weitere Entwicklung vorherzusehen. Wichtig wird sein, möglichst viele KollegInnen zusammenzubringen, um Druck für eine kämpferische Alternative aufzubauen. Dabei sollte es keine Rolle spielen, aus welcher Fraktion jemand kommt, oder ob er/sie fraktionslos ist. Auch Nicht-Gewerkschafts-Mitgliedern oder vor allem jenen, die überlegen auszutreten könnte so ein neues Angebot zur gemeinsamen Organisation von Widerstand gemacht werden. Die Wellen, die diese Veranstaltung an die gesamte Gewerkschaftsbewegung gesandt hat, werden nicht so schnell verebben. Sie sind vielleicht von größerer Bedeutung für den Kampf gegen die Regierung, als das Zweidrittel-Ergebnis dieser FSG bei den AK-Wahlen.

Ihr da oben ...

Geld ist genug da – Es ist nur in den falschen Händen

Neueste Berechnungen haben gezeigt, dass Österreichs PolitikerInnenbezüge EU-weit an erster Stelle stehen. In 12 Monaten verdienen Minister Haupt und Konsorten 17.587 Euro brutto. Österreichs Abgeordnete im Parlament müssen sich nur Italien geschlagen geben, denn sie werden „nur“ mit 8.750 Euro brutto entlohnt im Gegensatz zum italienischen Gehalt von 10.975 Euro. Darüber hinaus rechnet Rechnungshofpräsident Franz Fiedler damit, dass die Beraterkosten der Ministerien auf 40 Mio. Euro hinauslaufen werden. Dem gegenüber stehen in Österreich eine Million Menschen, die von Armut betroffen sind. Das Einkommen der Hälfte der ArbeiterInnen und Angestellten beträgt demgegenüber höchstens 1.860 EURO im Monat. (www.sozialversicherung.at/media/33855.PDF). Die SLP fordert ein Politikergehalt, das dem Durchschnittseinkommen angepasst wird und praktiziert dies auch bei ihren eigenen Abgeordneten im irischen Parlament. (Irische Sektion www.socialistparty.net)

Arbeitslose müssen neue Opfer bringen

In Österreich waren im April 2004 bereits 284.000 Menschen ohne Arbeit. Minister Bartenstein reagiert mit einem neuem Arbeitsmarktpaket, das keine Arbeitsplätze schafft, sondern von den Arbeitslosen mehr „Flexibilität“, das heißt Opfer, fordert. Es beinhaltet unter anderem: verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen für Jobsuchende und Verkürzung des Berufsschutzes. Die Sozialpartner, d.h. auch die Gewerkschaften, waren sich bei den Verhandlungen bereits einig, dass der Berufsschutz von 6 Monaten auf 100 Tage verkürzt wird. Und was die lokale Zumutbarkeit betrifft, so können die An- und Abfahrtszeiten zur Arbeitsstelle in Zukunft 25 Prozent (!) der Arbeitszeit ausmachen.

Pessimismus unter Jugendlichen

Der Arbeitsklimaindex (herausgegeben von der AK Oberösterreich und zwei Sozialforschungsinstituten) zeigt schwarz auf weiß, dass vor allem Jugendliche ihre Lage als sehr schlecht einschätzen. Jeder 10. Jugendliche gibt an, dass sein Einkommen nicht für das tägliche Leben reicht. Eine negative Entwicklung sehen Arbeitnehmer bei der Alterssicherung, den Arbeitsmarktchancen und der Einkommenssituation. Verwundern brauchen diese Zahlen allerdings niemanden, wenn man bedenkt, dass im April 2004 rund 38.000 junge ArbeitnehmerInnen arbeitslos waren.

“Dass bei Veloce gestreikt wurde, hat damit zu tun, dass es sehr viele Streiks gegeben hat.”

Im April und Mai gab es beim Botendienst Veloce den ersten Streik von Freien DienstnehmerInnen. Sie traten dreimal – zuletzt unbefristet – in den Streik. Über ihre Erfahrungen sprach Sonja Grusch mit Tonga, einer der SprecherInnen.

VORWÄRTS: Ihr seid Freie DienstnehmerInnen (FD) – bringt das Vorteile?

Tonga: Es gibt die Illusion von Freiheit – je länger man dabei ist, umso mehr kommt man aber drauf, dass es ein Job wie jeder andere ist, bis auf die Bewegung. Wir sind völlig abhängig von der Firma. Klar können wir Aufträge ablehnen, nur leisten kann sich das niemand. Die Firmenleitung versucht das auch zu spielen, so „Betriebsräte“, so was brauchen wir doch nicht, das ist doch veraltet? Sie sieht das nicht gerne, dass sich die Fahrer jetzt organisieren.

VORWÄRTS: Der Streik ist vorläufig vorbei, ihr seid wieder eingestellt und es wird verhandelt - ein Erfolg?

Tonga: Es gibt zwar regelmäßig Gespräche, aber da bewegt sich nicht viel. Von den Forderungen ist bisher keine erfüllt worden. Es kann sein, dass es nur eine Hinhaltetaktik ist, weil jetzt haben wir eine der um-

satzstärksten Zeiten, in den Sommerferien ist immer viel weniger los. Wir haben bald die Betriebsratswahl, aber das akzeptiert der Geschäftsführer auch nicht und entfernt die Aushänge immer wieder. Der Erfolg ist aber, dass die Fahrer mehr Selbstbewusstsein bekommen haben. Wir kennen uns jetzt untereinander besser, es gibt regelmäßige Fahrerversammlungen. Am Anfang haben viele gedacht, wir werden einfach er-

FAKTEN & HINTERGRÜNDE

Freie DienstnehmerInnen: ASVG-Unfall-, Kranken- und Pensionsversicherung, aber mit Einschränkungen, z.B. Kein Krankengeld, keine Arbeitslosenversicherung, kein Urlaubsanspruch und weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld. Es gilt kein Kollektivvertrag. Es gibt keine AK-Mitgliedschaft und bisher kein Recht auf die Wahl eines Betriebsrates.

setzt, aber das war nicht möglich. Wir haben bemerkt, dass wir was bewegen können. Die Reaktionen von anderen waren total super. Alle die uns darauf angesprochen haben waren sehr interessiert und haben gemeint, lasst euch nichts gefallen, macht's weiter.

VORWÄRTS: Welche Bedeutung haben die Streiks 2003 für Euch?

Tonga: Da waren einige Leute von uns mit Pickerln „Solidarität mit den Streikenden“ unterwegs. Aber das war damals nicht so meine Sache. Die Stimmung ist heute anders als früher, es hat ja immer wieder die Idee gegeben sich zu organisieren. Aber damals ist das Wort Streik nie in den Mund genommen worden. Das wir jetzt gestreikt haben hat sicher auch damit zu tun, dass es sehr viele Streiks gegeben hat. Es wird sich nie was zum positiven ändern bei diesen Beschäftigungsverhältnissen, wenn sich die Leute nicht organisieren.

EU-Wahlen 2004: Eine Ohrfeige für die Herrschenden?

Wen interessiert die EU-Wahl wirklich? Neben den erwarteten Erfolgen für diverse Populisten, wird die niedrige Wahlbeteiligung das wichtigste Resultat dieses Wahlgangs sein.

Von Wolfgang Fischer, SLP Wien-Mitte

Die EU steckt nach den Erweiterungsfeiern in einer Existenzkrise. Ihr Herzstück – der neoliberale Stabilitäts und Wachstumspakt – ist tot. Das Vertrauen in die europäischen Institutionen befindet sich auf einem Tiefpunkt. Aber auch die meisten nationalen Regierungen stehen auf extrem wackeligen Beinen. Die Gegenwehr der ArbeiterInnenklasse ist in den letzten Jahren durch Streiks und Kämpfe massiv gewachsen. Die Ansätze zu einer politischen, konsequent antikapitalistischen Alternative sind hingegen noch immer sehr gering. Das enorme politische Vakuum wird – noch – nicht durch eine neue, sozialistische ArbeiterInnenpartei gefüllt. Frust und Protest drücken sich – deshalb – vor allem in einer sinkenden Wahlbeteiligung aus. In Österreich lag sie 1996 noch bei 68%, 1999 nur mehr bei 49%, in Deutschland gar nur bei 45%. Ebenso sind Erfolge von jenen, oft rechten, Listen zu erwarten, die sich besonders kritisch gegenüber der EU geben.

EU HEUTE: HORT DES NATIONALISMUS

Seit ihrer Gründung ist die EU eine Organisation, die im Interesse der optimalen Kapitalverwertung und nicht der sozialen Interessen agiert. Die EU steht nicht für Frieden und Völkerfreundschaft, sie reflektiert vor allem die Forderungen – aber auch Widersprüche – der stärksten europäischen Bourgeoisien. Ein gemeinsames Ziel der europäischen Kapitalisten liegt in der wirtschaftlichen Stärkung und Vergrößerung des EU-Binnenmarkts, um mit den beiden anderen Wirtschaftsblöcken, USA und Südostasien, mithalten zu können. Die EU-Erweiterung erschließt Konzernen den Zugang zu billigen Rohstoffen, Arbeitskräften und Produktionsstandorten sowie vergrößert die Absatzmärkte ihrer Produkte. Umgekehrt wird die Erweiterung auch als Druckmittel gegen die ArbeiterInnenklasse im Westen eingesetzt. Löhne und soziale Rechte sollen mit dem Verweis auf das – nach der kapitalistischen Konterrevolution – niedrige Sozialniveau in den neuen EU-Staaten abgebaut werden. Der Boden auf dem sich Nationalismus ausbreitet wird aber nicht nur durch dieses „gegeneinander Ausspielen“ aufbereitet. Das gesamte EU-Projekt wurde immer wieder als der absolut einzige Weg der „Integration“ dargestellt. Bereits beim Stabilitäts und Wachstumspakt (Verträge von Maastricht und Amsterdam) und dem Sozialabbau den dieser bedeutete, verfolgten die EU-Gremien gemeinsam mit den nationalen Regierungen diese Strategie: Die Konvergenzkriterien seien ohne Alternative – Widerstand deshalb angeblich zwecklos. Heute ist der Pakt – vor dem Hintergrund der katastrophalen Konjunkturentwicklung – nicht mehr das Papier wert, auf dem er gedruckt wurde. In der Krise streben die nationalen Bourgeoisien und ihre Regierungen wie eh und je wieder auseinander. Deutschland und Frankreich werden die Kriterien – trotz massivem Sozialabbau – auf Dauer nicht erfüllen. Auch während dem Irakkrieg zeigte sich deutlich wie unterschiedlich die strategischen Interessen der europäischen Kapitalisten gelagert sind. Insgesamt fällt die „Anti-EU“ Stimmung in Europa nicht vom Himmel. Der wachsende Nationalismus hat seine reale Basis nicht zuletzt im wieder stärkeren Auseinanderdriften der einzelnen Bourgeoisien.



MASSIVE KORRUPTION ALS „EUROPÄISCHES“ ELEMENT?

Zur Ablehnung der EU als neoliberales Projekt durch große Teile der ArbeiterInnenklasse und zum durch die europäische Entwicklung stärker geschürten Nationalismus, kommen noch eine Reihe unfassbarer Skandale in den „europäischen“ Institutionen. Im Jahr 2002 flog die Vaternwirtschaft rund um Forschungskommissarin Edith Cresson auf, deren Ressort in „kreativer“ Selbstbedienungsmannier über Jahre hinweg 100 Millionen Euro veruntreute. Im Herbst 2003 wurde ein weiterer Skandal rund um die EU-Statistikbehörde Eurostat aufgedeckt. Eurostat ist unter anderem für die Verteilung von Subventionen an die EU-Mitgliedsstaaten zuständig, die auf Grundlage der statistischer Daten erhoben werden. Seit Ende der neunziger Jahre hat diese Behörde über fingierte Verträge und aufgebauchte Aufträge Millionen Euro an Steuergeldern abgezweigt. Insgesamt sollen bis zu 50 Prozent der Einnahmen an den Rechnungsbüchern vorbei in schwarze Kassen und in die Taschen von Mitarbeitern geflossen sein. Korruptionsfälle dieser Art verdeutlichen, dass die EU auf allen Ebenen eine Union der Herrschenden und der Handlanger des Kapitals ist. Seit jeher wurde die Wut über solche Skandale von populistischen Kräften aufgegriffen. Einfache Lösungen werden versprochen. Das Spektrum reicht vom EU-Austritt bis hin zur Selbstdarstellung einzelner Personen und Listen als „demokratische Kontrollinstanz“. Vor allem Hans Peter Martin, ehemals Spitzenkandidat der SPÖ im Europaparlament, hat sich das Image des Saubermanns und Spesenaufdeckers verpasst. Themen wie Arbeitslosigkeit, Aufrüstung, Abbau sozialer Rechte oder Privatisierungen werden von ihm – im Gegensatz zu früher – nicht angesprochen. Dafür ist ihm die Unterstützung der Kronzeitung sicher – ein mächtiger Partner, dem gerade gerichtlich bescheinigt wurde Antisemitismus und Rassismus zu verbreiten. Aber selbst bei den Spesen kritisiert „HPM“ nur Auswüchse und nicht die Tatsache, dass mit dem monatlichen Grundgehalt eines österreichischen EU-Abgeordneten jeder durchschnittliche Arbeitslose weit mehr als ein Jahr auskommen muss!

EU WAHLKAMPF – HEUCHLERISCH UND SINNENTLEERT

Ein generelles Merkmal aller etablierten Kräfte ist ein verstärktes Setzen auf populistische Phraseologie, die mit ihrer tatsächlichen Politik nichts zu tun hat. Die Slogans erscheinen ebenso wie diese Parteien austauschbar. Nachdem Martin die Spesentransparenz der Parlamentarier angekündigt hatte, sprangen nun auch alle anderen Parteien auf den Zug auf und kritisierten die jahrelang genossenen Privilegien. All das wirkt auf immer mehr Menschen heuchlerisch und abstoßend. Doch auch wenn beispielsweise der Neoliberalismus in der EU populistisch von der SPÖ aufgegriffen wird, ist das eine Farce. Ein Blick auf Gemeinde- oder Länderebene mit SPÖ-Mehrheit zeigt, dass auch dort Kürzungs- und Ausgliederungspolitik als Vorbereitung für Privatisierungsschritte an der Tagesordnung sind (siehe Sozialbereich Wien, Hanusch-Krankenhaus, ...). Auch rechtspopulistische Töne sind deutlich zu vernehmen: Spitzenkandidat Swoboda warnte vor einem EU-Beitritt der Türkei. Nicht zuletzt zeigt ein Blick über die Grenzen – nach Deutschland – dass die Sozialdemokratie in Europa nicht einmal das kleinere Übel mehr darstellt. „Österreich stark vertreten“ lautet der wenig „europäische“ Slogan der ÖVP. Zu den übrigen – völlig beliebigen – Ansagen „Frieden“, „Freiheit“ und „Sicherheit“ reicht es wohl einfach Fragezeichen auf die Plakate zu malen. Diese Partei steht für die NATO-Beitritt, Militarisierung, Ausbau polizeilicher Überwachungsmethoden, Liberalisierung und Pensionsraub. Auch Johannes Voggenhuber (Grüne) spielt im Wahlkampf der Grünen ein populistisches Doppelspiel: einerseits kritisiert er die Demokratiedefizite in der EU und fordert einen politischen Wandel weg von Bürokratie und Machtblöcken hin zu einem sozialen „Friedensprojekt Europa“. Andererseits legte er einen Entwurf für die neue EU-Verfassung vor, in welchem die gegenseitige militärische Beistandspflicht für alle EU-Mitglieder vorgesehen ist. Von freierlicher Seite werden wieder einmal rassistische Ressentiments bedient, „Türkei in die EU? Mit mir nicht!“ ist einer der Sprüche von Spitzenkandidat Hans Kronberger. Um die FPÖ in dieser Hinsicht noch deutlicher zu positionieren,

wurde der rechtsextreme „Umvolkungsexperte“ Andreas Mölzer, unterstützt von Volksanwalt Ewald Stadler und Bundesrat John Gudenus, auf Listenplatz 3 gesetzt.

UND NACH DEN WAHLEN?

Insgesamt ist zu erwarten, dass das Wahlergebnis – nicht nur in Österreich – die jeweils regierenden Parteien weiter schwächt. Für die schwarz-blaue Koalition wäre das nach den Landtags- und AK-Wahlen die nächste Schlappe in Serie. Eine entschiedene Initiative der Gewerkschaften gegen die bereits geplanten, nächsten Angriffe – z.B. im Gesundheitswesen – könnte Schlüssel und Co. sehr schnell zu Teufel jagen. Die Wahlen zum EU-Parlament werden aber auch die Krise der europäischen Institutionen weiter verstärken. In einzelnen Staaten – beispielsweise Polen – könnte sogar die Mehrheit der künftigen EU-Abgeordneten offen „EU skeptisch“ sein. Eine entscheidende Aufgabe von SozialistInnen besteht darin gegen den Mißbrauch von Slogans wie internationale Integration, Überwinden von Grenzen, Bekämpfung von Rassismus etc. durch die Europäische Union zu kämpfen. Diese EU spaltet und schürt Nationalismus! Gleichzeitig gilt es „unser“ Europa konkret durch die internationale Zusammenarbeit und Vernetzung von Kämpfen aufzubauen. Die SLP und unsere Internationale – das CWI – verfolgt darüber hinaus auch eine klare politische Gegenstrategie zum Europa der Konzerne: Das vereinigte, sozialistische Europa als Schritt zum Sozialismus weltweit.

TERMINE

Mittwoch, 9. Juni, um 19 Uhr, Wien

DISKUSSION: „Die Qual der EU-Wahl“
SLP-Ortsgruppe Wien-West (siehe SEITE 6)

Freitag, 18. Juni, um 18³⁰ Uhr, Wien

DISKUSSION: „Analyse der EU-Wahl und linker Wahlkampagnen“, Margarita Döller berichtet vom CWI-Wahlkampf in Schweden.
SLP-Ortsgruppe Wien-Nord (siehe SEITE 6)

Das CWI bei den EU-Wahlen

In der Republik Irland, in Belgien und in Schweden treten Schwesterparteien der SLP zur EU-Wahl an.

Von Jakob Unterwurzacher, SLP Wien-Nord

LSP(Linkse Socialistische Partij) / MAS (Mouvement pour une Alternative Socialiste) – Belgien

Nach größeren Problemen mit der belgischen Bürokratie - man könnte es auch Sabotage nennen - tritt auch unsere zweisprachige Schwesterpartei in Belgien zur EU-Wahl an. Wie schon in Irland zeigte sich der bürgerliche "neutrale Rechtsstaat" in seiner Funktion als Herrschaftsinstrument. Schließlich konnten die nötigen je 5 000 Unterschriften für das niederländische Sprachgebiet Flandern und den französischsprachigen Teil Wallonien doch eingereicht und bestätigt werden.

Und es hat seine Gründe, dass zum Beispiel die PS (Parti Socialiste), die größte und wichtigste Partei in Wallonien, neue Kräfte von der Wahl ausschließen will.

In Wallonien wurden Kleinparteien nicht nur vor große praktische Hürden gestellt, die Wahlämter erklärten zwischenzeitlich sogar alle gesammelten Unterschriften für ungültig: Die Menschen hätten ja nicht gewusst, welchen Kandidaten sie genau mit ihrer Unterschrift unterstützten. Mit dem selben Argument könnte man alle etablierten Parteien verbannen. Die PS macht sich berechtigterweise Sorgen über einen Rückschlag bei den Wahlen, als Protest gegen ihre neoliberale Politik in lokalen und nationalen Regierungen, aber auch als Rebellion gegen die undemokratische Vetternwirtschaft, die von ihr betrieben wird. Ecolo (Grüne) traf der Ärger der Bevölkerung schon: in den Parlamentswahlen vom Mai 2003 wurden sie fast vollständig aus dem Parlament gewählt, sie halten nur mehr 4 (vorher 20) Sitze. Die extreme Rechte hat im Gegenzug an Unterstützung gewonnen, Umfragen bescheinigen ihnen 6-8% der Stimmen. Dass diese Parteien an Unterstützung gewinnen ist eine Folge der arbeiterInnenfeindlichen Politik des Neoliberalismus und der Privatisierung. Eben diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass in manchen Regionen die Arbeitslosigkeit bei 20% liegt und diese mittlerweile zu den ärmsten Teilen Europas zählen.

LSP-MAS hat eine stolze Geschichte im Kampf gegen Rechts, auch der Vlaams Blok, eine extrem rechte Partei, die mit Anti-Establishment-Rhetorik auf Stimmenfang geht, wird im Wahlkampf bekämpft werden.

Website: www.lsp-mas.be (englisch, französisch, niederländisch)

RS(Rättvisepartiet Socialisterna) – Schweden

"Rassismus stoppen" und "Verteidigt das Gesundheitswesen" sind die zwei Hauptslogans in der Kampagne für die Europawahl", erklärt Ingrid Eriksson, Spitzenkandidatin der RS und Stadträtin in Umea. Die schwedische Bevölkerung ist neben der in Großbritannien die EU-kritischste, 2003 hat die den Euro per Abstimmung abgelehnt, die Wahlbeteiligung bei den letzten EU-Wahlen war bei 39%. Seine Wurzeln hat das in der Rolle, die die EU in den gegenwärtigen Angriffen auf die öffentlichen Dienste und somit den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse spielt. Wie auch schon in Österreich ist es die EU, mit der die Regierungsparteien zumindest teilweise ihren Sozialabbau-Kurs rechtfertigen. Die Wahlkampagne der RS verarbeitet auch diese generelle EU-Ablehnung.

Die RS ist die einzige sozialistische Partei zur Wahl und sogar überhaupt die einzige Partei die bei diesen Wahlen links der Regierungsparteien steht. Sie ist die einzige, die den Kampf der arbeitenden Klasse thematisiert. Ein echtes undemokratisches Highlight in Schweden ist die Tatsache, dass Parteien ihre Wahlzettel selbst bezahlen und sogar selbst an die Wahllokale liefern müssen. 6500 Wahllokale an einem Tag (!) zu beliefern ist eine echter Hinderungsgrund.

Die RS kämpft gegen den aufkeimenden Rassismus: Jüngst organisierten junge Genossen einen Schulstreik gegen Neo-Nazis in einer kleinen Stadt im Westen von Schweden. Auch führen sie eine Kampagne zur Verteidigung von 600 somalischen Flüchtlingen gegen die Abschiebung.

Der zweite wichtige Punkt ist die Verteidigung der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Proteste gegen die Schließung von Krankenhäusern wurden organisiert, die bis zur Besetzung gereicht haben. Der Rotstift der Regierung hat hier besonders stark zugestoßen, und es ist abzusehen, dass es dieses Jahr noch schlimmer kommen wird. Um zu verhindern, dass die kapitalistische Krise zu Lasten der Gesundheit der Schweden geht, sind kämpferische und demokratische Gewerkschaften nötig, die ihrerseits erst erkämpft werden müssen.

Website: www.socialisterna.org (leider nur schwedisch)

Socialist Party – Republik Irland

Joe Higgins, Parlamentarier der Socialist Party, tritt auch in den EU-Wahlen als Sozialist für die Rechte der ArbeitnehmerInnen auf. Im Herbst 2003 musste er dafür sogar ins Gefängnis: Die Socialist Party kämpfte mit breiter Mobilisierung der Anwohner Dublins gegen die Einführung einer einkommensunabhängigen Müll-Gebühr. Diese bedeutete nicht nur eine unmittelbare Verschlechterung für ArbeiterInnen. Sie war auch der erste Schritt zur Privatisierung eines weiteren Teils der öffentlichen Infrastruktur. Im Laufe des Kampfes sah sich die Stadtverwaltung gezwungen, die Anführer der Bewegung verhaften zu lassen, darunter Joe Higgins, der für ein Monat aus dem Verkehr gezogen wurde. Mangels Unterstützung von Seiten der Gewerkschaften hat die Regierung diese Schlacht zwar vorläufig gewonnen. Die EU-Wahlen sind aber die nächste Möglichkeit, gegen die etablierten bürgerlichen Parteien zu kämpfen. Die Verteidigung des öffentlichen Sektors gegen die neoliberale Ausrichtung der EU, die maßgeblich von den Lobbys des Big Business bestimmt wird, ist ein Hauptpunkt im Wahlkampf. In Irland hat die Privatisierung der Telecom gezeigt was Privatisierung den ArbeiterInnen bringt: Gewinne fließen jetzt nicht mehr zur öffentlichen Hand zurück, sondern werden von den Großaktionären abgesahnt - neben Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen im Betrieb. Die Alternative muss ein Ausbau des öffentlichen Sektors sein, verbunden mit einer grundsätzlichen Änderung der Arbeitsweise von staatlichen Betrieben. Weg mit den Managements, die von den bürgerlichen Parteien eingesetzt werden und weder im Interesse der Angestellten noch der Allgemeinheit wirtschaften! Die ArbeiterInnen selbst sind es, die die Betriebe verwalten können und sollen. Nur mit der Einbindung von KundInnen und ArbeiterInnen in den Entscheidungsprozess sind sowohl guter Service als auch gute Arbeitsbedingungen dauerhaft gewährleistet. Die Socialist Party wird auch eine der wenigen Parteien sein, die sich gegen die imperialistische Militarisierung der EU stellt. Nein zur Aufrüstung, nein zur "europäischen Verteidigungspolitik", die früher oder später zum Angriff übergeht. Die 55 Milliarden Euro, die jährlich von EU-Staaten für Rüstung ausgegeben werden, wären in Pensionen besser investiert.

Wahlmanifest: www.socialistparty.net/elections/manifesto.htm (englisch)

Linke Wahlbündnisse zur EU-Wahl

Ein Name macht noch keine Bewegung

Von Sonja Grusch, SLP-Bundessprecherin

Es gibt viele linke Organisationen. In manchen Punkten gibt es Übereinstimmung, in vielen Differenzen. Die Aufforderung: „Tut Euch zusammen, dann sind wir stärker“ ist verständlich. Für die EU-Wahl hat sich nun auch in Österreich ein linkes Wahlbündnisse gebildet: LINKE – Opposition für ein solidarischeres Europa; europäische Linke KPÖ und Unabhängige. Ob bei uns und in verschiedenen anderen europäischen Staaten tatsächlich lebendige Strukturen entstehen, welche die Kämpfe gegen Rassismus und Sozialabbau in Europa auf eine neue Stufe stellen, muss sich erst zeigen. Wir müssen allerdings feststellen, dass die Art wie diese entstanden sind und ihre programmatische Breite Schwächen sind, die dazu führen können, dass wieder eine Chance vertan wird.

Tatsächlich ist es notwendig, dass Organisationen in einzelnen Fragen zusammenarbeiten. Die SLP war und ist Teil von Bündnissen gegen Rassismus und Faschismus, gegen die blau-schwarze Regierung und wir haben auch in Bündnissen kandidiert (1996 bei den EU-Wahlen in einem Wahlbündnis mit der KPÖ indem es aber leider einige Probleme mit der KPÖ gab).

Es ist aber keine Stärkung, wenn die politische Grundlage solcher Bündnisse zu allgemein wird. Zwischen den linken Organisationen gibt es – oft wichtige – politische Differenzen die Bedeutung für die konkrete Arbeit haben. Für oder gegen das Kopftuchverbot? Ist die UNO ein Bündnispartner im Kampf gegen den Terror? Ist Generalstreik ein geeignetes Mittel, um die Privatisierung der Telekom zu verhindern? Liegt die Ursache des Faschismus in der „Natur“ der ÖsterreicherInnen oder in der primär in der aktuellen sozialen Entwicklung.

EINE NEUE PARTEI MUSS AUS DER BEWEGUNG KOMMEN

Tatsächlich fehlt in den meisten Ländern eine Partei, welche die Kämpfe von ArbeiterInnen und Jugendlichen aufgreift und führt. Eine solche neue ArbeiterInnenpartei wird aber nicht dadurch entstehen, dass sich linke Gruppen zusammenschließen und dies beschließen. Damit sie lebendig sind müssen sie aus Bewegungen entstehen. Solche Organisationen müssen in ihren Strukturen offen und demokratisch sein, also Einzelmitglieder ebenso akzeptieren, wie Organisationen und auch Fraktionen. Die Bildung solcher neuer ArbeiterInnenparteien wird ein Prozess sein, der nicht geradlinig, sondern mit Rückschlägen ablaufen wird. In Österreich gab es in den letzten Jahren Bewegungen, aus denen heraus sich eine solche neue Partei hätte bilden können – die Widerstandsbewegung gegen Blau-Schwarz 2000 und die Streiks 2003. Die EU-Wahl, und die Hoffnung auf ein respektables Wahlergebnis für eine linke Kandidatur kann eine solche Bewegung nicht ersetzen. Auf europäischer Ebene gibt es zwei Versuche, eines engeren linken Zusammenschlusses, die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) und die Europäische Linkspartei (EL). In ersterem finden sich eher linke Organisationen mit einer anti-stalinistischen Tradition, in zweiterem diverse KPn und Ex-KPn (darunter auch KP-Frankreich und PDS-Deutschland die beide als regierende Parteien für Privatisierung und Sozialabbau verantwortlich waren, bzw. sind).

FEHLENDES PROGRAMM ALS PROGRAMM

In Österreich tritt mit „LINKE“ ein Wahlbündnis an, das beide Initiativen in sich vereinen möchte (und mit KPÖ und SOAL Organisationen aus EAL und EL beinhaltet). Warum das Projekt erst so knapp vor der EU-Wahl gestartet wurde, das kaum Zeit für eine demokratische Diskussion über das Programm blieb, wissen wir nicht. Aber die programmatische Unschärfe wird als „Pluralismus“ als positiv bewertet. Die Beteiligten haben sehr unterschiedliche Ideen, Vorstellungen und Ziele. Das mag vielleicht für einen gemeinsamen Wahlkampf funktionieren, aber wenn es darum geht, in kommende Kämpfe in Österreich zu intervenieren, eine Alternative zur Politik der Parlamentsparteien anzubieten, braucht es mehr. Der Wunsch nach einer starken Linken drückt den Wunsch aus, nicht nur zu protestieren, sondern Sozialabbau & Privatisierung zu verhindern, Kriege, Frauenunterdrückung und Rassismus zu beenden. Dazu ist eine demokratische Organisation, die die Kräfte bündelt und die Kämpfe mit einer sozialistischen Alternative verbindet sowie konkrete Forderungen und Kampfformen anbietet notwendig. Die LINKE allerdings grenzt sich von „Sozialismus“ sogar ab, Spitzenkandidat Leo Gabriel erklärt klar, für ein solidarischeres, nicht ein sozialistisches Europa zu sein. Weil die Wahlbündnisse nicht von unten, aus Bewegungen entstanden sind, sondern von Organisationen von oben aufgebaut werden, besteht die Gefahr, dass eine Chance, für eine tatsächlich neue Kraft vertan wird. Wir werden am 13. Juni die „LINKE“ wählen und haben auch bereits ihr Antreten durch die Abgabe von Unterstützungserklärungen mitermöglicht. Wir sind aber mehr als skeptisch, ob das Projekt über den 13. Juni hinaus als wirkliche politische Kraft Bestand haben wird oder ob beim nächsten derartigen Projekt viele sagen werden „schon wieder so ein linkes Bündnis, das bringt doch ohnehin nichts“. Bis jetzt gehen UnterstützerInnen und Beteiligte über den Kreis der „üblichen Verdächtigen“ (wenn auch in neuer Zusammensetzung) im Wesentlichen nicht hinaus, insbesondere Menschen, die in den Arbeitskämpfen der letzten Jahre eine wichtige Rolle gespielt haben, fehlen. Für uns steht daher vor, am und nach dem 13. Juni nicht die Stimmabgabe im Vordergrund sondern die Beteiligung an den Kämpfen von ArbeiterInnen und Jugendlichen. Alle, die eine starke linke Kraft wollen, laden wir ein, diese mit uns gemeinsam im Zuge der kommenden Kämpfe aufzubauen!



Bildung statt Uniform!

Schuluniformen zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Sexismus in Schulen?

von Peter Regner,
SchülerInnenvertreter,
BRG Glaserstraße, Wien 9

Während in Frankreich ein Verbot von religiösen Symbolen in öffentlichen Schulen eingeführt wird, wird in Österreich über "angemessene Kleidung" in Schulen diskutiert. Der Vorschlag der Schuluniformen wird auch immer öfter vor allem von konservativen PolitikerInnen verbreitet, während sich SchülerInnen in vielen Fällen gegen die aufgezogenen Kleiderordnungen wehren.

REAKTIONÄRE SPRÜCHE EINES DIREKTORS

In der aktuellen Diskussion um die Hauptschule in Ohlsdorf (Bez. Gmunden) erklärte Schulleiter Walter Zehetner, er habe es "satt, dass viele Schülerinnen und Schüler quasi halb nackt in den Unterricht schlurven" und tief sitzende Hosen könnten zu einem Verletzungsrisiko werden. Auf der anderen Seite fallen allerdings auch viele scheinbar fortschrittliche Argumente für Kleidervorschriften oder sogar Schuluniformen. Die Kleiderverordnung in der Ohlsdorfer Hauptschule wird von manchen auch gerechtfertigt, indem sie behaupten, manches hätte "in der Schule nichts verloren". Tatsächlich leiden manche SchülerInnen (vor allem Schülerinnen) stark unter dem sexistischen Druck, sich dem angeblichen Ideal anzupassen und unter der Propaganda die Frauen als Ware darstellt. Kleidung kann diese Probleme und den Schönheitswahn verstärken. Von DirektorInnen kamen allerdings bis jetzt immer nur Verbote, die die Freiheit

Schuluniformen helfen gar nichts gegen Sexismus. Bei der russischen Pop-Band tATu werden männliche "Schulmädchenphantasien" zu Marketingzwecken eingesetzt.



der SchülerInnen einschränken. Auf sexistische Werbung* wird gänzlich "vergessen". Solange nicht ernsthaft versucht wird das Problem des Schönheitswahn in unserer Gesellschaft zu bekämpfen, solange wird es auch sicher nicht möglich sein, Jugendliche in ihrer Erziehung vor etwaigen negativen Einflüssen zu "beschützen".

MIT SCHULUNIFORMEN GEGEN DEN KAPITALISMUS?

Nicht nur in Österreich wird auch häufig argumentiert, Schuluniformen könnten den Markenzwang bekämpfen und damit auch die soziale Ausgrenzung von SchülerInnen, die sich Markenware nicht leisten können und/oder wollen. Aber praktische Beispiele zeigen, dass Ausgrenzung noch immer durch "alternative" Statussymbole wie Brillen, Uhren etc. stattfindet. Selbst wenn erreicht werden kann, dass auch solche Accessoires nicht die

Ausgrenzung und den Markenzwang fördern (weil z. B. Brillen von der Krankenkassa zur Gänze bezahlt werden), dann wird es noch immer soziale Unterschiede geben. Dementsprechend müsste man/frau dann auch den Haarschnitt vereinheitlichen, den Wohnort oder sogar die politische Meinung, die aufgrund der sozialen Herkunft naturgemäß auch anders sein wird. Wer tatsächlich etwas am Problem der sozialen Ausgrenzung verändern will, muss für die Beseitigung der sozialen Unterschiede kämpfen, anstatt die Probleme verdecken zu versuchen. Für eine andere Verteilung von Eigentum und Vermögen, für eine Gesellschaft ohne Profitstreben – den Sozialismus! Einen anderen Charakter haben Schuluniformen, wenn sie von den SchülerInnen selbst demokratisch beschlossen werden – als Zeichen gegen den Markenzwang, die soziale Ungerechtigkeit und das Establishment.

Aber beispielsweise die zehnte Klasse der Wiesbadener Albrecht-Dürer-Realschule in Deutschland, die freiwillig entschieden hat auf Schuluniformen umzusteigen, brach nach etwa neun Wochen das Projekt ab.

FÜHRT EINHEITLICHE KLEIDUNG ZU SOLIDARITÄT?

Kollektives Bewusstsein und Solidarität wird nicht durch äußerliche "Gleichschaltung", sondern durch das Erkämpfen von gleichen Chancen, politischen und sozialen Rechten umgesetzt werden. Individuelle Bedürfnisse, Stärken und Schwächen – das alles steht nicht im Widerspruch zum „Erlernen“ von Solidarität. Zur Zeit finden viele Jugendliche in ihrer Kleidung eine Möglichkeit des Protests, die durch Schuluniformen unterdrückt werden würde. In genau diese Richtung zielen auch die Vorschläge des Herrn Direktors aus Ohlsdorf. Es ist kein Zufall, dass gleichzeitig mit dem stattfindenden Bildungs- und Sozialabbau auch die Rechte von SchülerInnen eingeschränkt werden. Bürgerliche PolitikerInnen versuchen sich gegen die Proteste für ein besseres Bildungssystem zu wehren und versuchen Ausdrucksmöglichkeiten der SchülerInnen zu unterbinden.

* Zur Zeit gibt es nur wenige öffentliche Schulen in Österreich, die durch abermalige Budgetkürzungen finanziell die Möglichkeit haben, den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten, ohne große Werbeflächen in der Schule zu vermieten (und es teilweise Firmen auch zu gestatten während dem Unterricht zu werben).

Aktiv werden für Sozialismus – SLP-Mitglied werden!

SLP-Bundeszentrale

Der Mai war ein Monat intensiver Aktivitäten. Trotzdem kamen Diskussionen – um eine politische Grundlage für die Aktivität zu schaffen – nicht zu kurz. Für uns ist die Verbindung von Theorie und Praxis besonders wichtig. Weder wollen wir im Elfenbeinturm graue Theorie schaffen, noch wollen wir Aktivität um ihrer selbst willen. Diskussion & Aktion sind notwendig, um erfolgreich gegen Verschlechterungen und für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.

Der 1. Mai, ein traditioneller Kampftag der ArbeiterInnenbewegung, machte den Unmut vieler EisenbahnerInnen darüber, dass ihre Gewerkschaft, dem faulen Kompromiss zugestimmt hatte, deutlich. Nur wenige EisenbahnerInnen beteiligten sich heuer – "was soll ich dort" meinten viele, nachdem das Verhandlungsergebnis bekannt gewor-



den war. Viele dieser Unzufriedenen fanden sich dafür am 13.5. bei einer Veranstaltung in Linz ein. KollegInnen aus mindestens vier Bundesländern diskutierten und die Vorschläge der SLP nach einer Ausweitung des Widerstandes wurden positiv aufgenommen. Insgesamt wurden am 1. Mai weit über 300 Exemplare von "Vorwärts" verkauft.

Die SLP war bei der Kundgebung vor der ÖIAG-Zentrale am 7.5. gegen die Privatisierung der Post ebenso vertreten wie bei jener am 26.5. gegen die Teilprivatisierung des Postbusses. Viele der Beteiligten unterstützten die Kritik, das die Streiks 2003 zu früh abgebrochen worden waren. In einer Veranstaltung zu "30

Jahre CWI" gab es dann Erfahrungen über die Kämpfe in anderen Ländern, wie z.B. den Bergarbeiterstreik in Britannien vor 20 Jahren.

KEINE POLITIKVERDROSSENHEIT

Die niedrige Wahlbeteiligung und der hohe Anteil ungültiger Stimmen bei der Bundespräsidentenwahl – und auch bei der EU-Wahl – werden gerne als "Politikverdrossenheit" gedeutet. Tatsächlich liegt es wohl eher daran, dass die etablierten Parteien sich kaum noch unterscheiden und alles andere als attraktiv sind. Das besonders Jugendliche sich für Politik interessieren zeigte die Betei-

gung vieler Jugendlicher an den Aktivitäten von SWI (www.swi.at.tf) anlässlich der rechtsextremen Aufmärsche am 1. und 8. Mai in Wien sowie bei der Befreiungsfeier im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen am 9. Mai. Das Interesse an politischen Diskussionen wurde bei Veranstaltungen zur EU-Osterweiterung, zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch und zu Nigeria in Wien, Linz und Salzburg, sowie zu Che Guevara ("Mehr als ein nettes T-Shirt") in Amstetten deutlich. Also los: Jetzt aktiv werden und der SLP beitreten!

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-Ortsgruppe Wien-West

Jeden Mittwoch um 19.00 Uhr, Club International, 16., Payerg. 14

SLP-Ortsgruppe Wien-Margareten

Jd. Fr. 19.00 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftg. 8

SLP-Ortsgruppe Wien-Nord:

Jeden Freitag, 18.30 Uhr, "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38

SLP Linz:

Jeden Freitag, 19.00 Uhr "Alte Welt" (im Keller), Hauptplatz 4

SLP Salzburg

Anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

SLP Amstetten:

Anzutreffen samstags bei den Treffen von SWI, 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen

Die SWI-Treffpunkte:

SWI in Wien

Treffen bitte telefonisch unter 01/524 63 10 erfragen.

SWI in Salzburg

Jd. Di. 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

SWI in Amstetten:

Immer Samstags 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

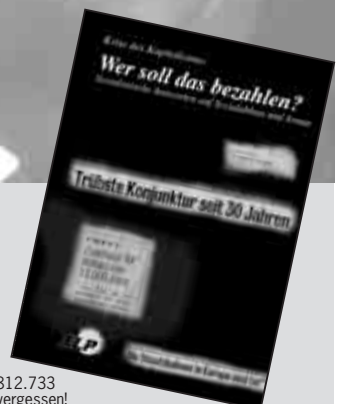
Leo Trotzki empfiehlt:

“Das musst Du gelesen haben!”

Krise des Kapitalismus
Wer soll das bezahlen?
Sozialistische Antworten auf Sozialabbau und Armut

A5, 56 Seiten, EUR 4,- (inkl. Versand)

Broschüre wird bei Überweisung auf Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen, Anschrift und Kennwort nicht vergessen!





Neues aus dem CWI

Enorme Resonanz auf sozialistische Bewegung

Pakistan: Das neugegründete "Socialist Movement" gab am 1. Mai ein umfassendes Statement heraus, welches auf Demonstrationen in Lahore, Rawalpindi, Hyderabad, Quetta und Karachi verteilt wurde. In Lahore war das "Socialist Movement" bereits der stärkste Demonstrationsblock aller politischen Organisationen. Unser Genosse Rukshana Manzoor, der auch Bildungssekretär der Muttahida Labour Federation (1 Million Mitglieder) ist, sprach auf der Maidemonstration. Auch mobilisierten wir 60 Frauen, die an der Demonstration teilnahmen. 50 Mitglieder und UnterstützerInnen des "Socialist Movement" nahmen auch an einem Frauenseminar teil, welches vom Institut für Arbeiterbildung am 6. Mai organisiert wurde. In Rawalpindi/Islamabad, sprach unser Genosse Azad Qadri, ein führendes Mitglied der zweitgrößten Telekom-Gewerkschaft bei einer Maikundgebung. Ein Interview, in dem er den Kampf gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Lösung betonte, wurde in einer wichtigen landesweit erscheinenden Tageszeitung abgedruckt. Die GenossInnen sind nach diesen Erfolgen zuversichtlich im schnellen Aufbau der neuen, sozialistischen Bewegung in Pakistanian.
<http://www.socialistworld.net/>

Die schwedische Perspektive

Schweden: In einem ausführlichen Interview spricht Arne Johansson über drei Jahrzehnte Aufbauarbeit unserer schwedischen Schwesterpartei. Sie ist heute eine der erfolgreichsten und stärksten Mitgliedssektionen des CWI, verfügt über Stadträte, eine Wochenzeitung und hunderte aktive Mitglieder. Die Partei ist sowohl in verschiedenen lokalen Kampagnen, wie auch beispielsweise in der Antikriegsbewegung, sowie in der Verteidigung von Asylsuchenden führend aktiv. In der nächsten Ausgabe des Vorwärts wird Margarita Döller (SLP-Nord) einen Bericht über unsere Wahlkampagne bei der EU-Wahl in Schweden verfassen. **Interview in englischer Übersetzung auf:**
<http://www.sav-online.de/modules.php?name=News&file=article&sid=880>

Socialism Today abonnieren!

Sozialistisches Monatsmagazin (englisch) aus Britannien. Abo auf www.socialismtoday.org

ArbeiterInnenführer aus Nigeria in Österreich

Nigeria: Korruption und Masseneleid

Von Maria Hörtnner, SLP Wien-Margareten

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe über Nigeria spricht Segun Sango in drei Städten Österreichs über die derzeitige Lage in Nigeria. Im folgenden Artikel werden Segun und seine politische Arbeit kurz vorgestellt.

Segun Sango ist Mitglied des *Democratic Socialist Movement* (Schwesterpartei der SLP in Nigeria) und Vorstandsmitglied der *campaign for democratic and workers' rights in nigeria*. Im Zuge dieser Tätigkeit ist er auch nach Österreich gereist, um über die Lage der ArbeiterInnen, Frauen und Studierenden in Nigeria zu informieren und Öffentlichkeit zu erlangen. Weiters ist Segun Vorsitzender der *National Conscience Party* in Lagos. Die NCP ist eine radikale Partei, die gegen Korruption und die neoliberale Politik der Regierung auftritt. Speziell innerhalb der ArbeiterInnenklasse hat diese Partei viel Unterstützung. Bei den Wahlen im April letzten Jahres ist die NCP angetreten und es war zu erwarten, dass sie einen großen Erfolg erzielen würde. Doch durch die herrschende Korruption wurde dies verunmöglichlicht. Nigerias Präsident Obasanjo hat in seinem Geburtsort 99,2 % (!) der Stimmen bekommen, eine Tatsache, bei der man/frau sich ungefähr vorstellen kann, wie korrekt diese Wahl verlaufen



ArbeiterInnen-Proteste stehen in Nigeria angesichts von Korruption und Elend auf der Tagesordnung.

ist. Die Stimmzettel mit den wirklichen Ergebnissen wurden einfach durch neue ausgetauscht. Dies entspricht im wesentlichen dem Bild, welches man/frau angesichts eines Ausspruchs Obasanjos vermittelt bekommt: "Was mehr Parteien erreicht haben ist mehr Verwirrung...Ich glaube, dass wenn wir einmal die Wahl zwischen ein oder zwei Parteien haben, besonders Parteien, die keine ideologischen Differenzen haben, das viel besser für unser Land wäre." Soviel nun also zum Thema "Demokratie".

EXTREMES ELEND

Doch nicht nur Korruption belastet Nigeria, es herrscht auch extremes soziales Elend. Dies änderte sich auch nicht unter dem jetzigen Präsident,

einem ehemaligen Militäroffizier. Nun regiert er das Land unter einem klar neoliberalen Kurs. Privatisierungen gehören zur Tagesordnung und soziale Leistungen werden immer weiter gekürzt. Dies hat zur Folge, dass die Armut rapide steigt. Lebten 1998 "erst" 48 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, so ist diese Zahl heute auf mehr als 70 Prozent angestiegen. 89 Millionen NigerianerInnen leben von weniger als einem Dollar pro Tag. Die soziale Versorgung ist mehr als nur mangelhaft. Weniger als 10 Millionen Menschen haben Zugang zu Gesundheitsversorgung. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Nigeria von der Weltbank als das 13. ärmste Land der Welt eingestuft wird.

EIGENTLICH EIN REICHES LAND

Doch arm ist Nigeria keineswegs. Öl ist eine der Hauptressourcen des Landes. Der Reichtum, der mit diesem Rohstoff verbunden ist, kommt jedoch nicht der Bevölkerung zugute. Bereichert haben sich davon die Ölgesellschaften und die korrupten Eliten, die seit der Unabhängigkeit das Land regieren. Ständig werden die Preise für Benzin und Kerosin erhöht und letztes Jahr gab es gar einen Vorschlag zur Erhöhung um 50 Prozent. Massenproteste der ArbeiterInnen waren die Folge und die Gewerkschaft sah sich nun gezwungen zu handeln. Sie organisierten einen achttägigen Streik, der diese Vorhaben letztendlich auch verhindern

konnte. Die ArbeiterInnenklasse in Nigeria ist extrem stark und kampfbereit. Trotz der starken Repression und der schwierigen Lage stehen Proteste gegen die Regierung an der Tagesordnung.

INTERNATIONALE KAMPAGNE NÖTIG

Das DSM und die Kampagne für Demokratische und ArbeiterInnenrechte ist Teil dieser Bewegung. In unterschiedlichsten Bereichen sind wir aktiv und kämpfen für Verbesserungen. So haben wir beispielsweise in den Protesten gegen die fuel tax eine wesentliche Rolle gespielt. Auch im Kampf von Studierenden für bessere Bildungsmöglichkeiten waren wir beteiligt. Ein wesentliches Element unserer Arbeit ist die Verknüpfung der verschiedenen Bereiche - ArbeiterInnen, Jugendliche und Frauen sollen gemeinsam gegen ihre Unterdrückung kämpfen. Jedoch auch über Nigerias Landesgrenzen hinweg ist es wichtig, auf die Situation aufmerksam zu machen. Deshalb ist internationale Solidarität gefragt. Eine große Kampagne außerhalb Nigerias würde die Bewegung stärken und positive Auswirkungen haben.

UNTERSTÜTZUNG & SPENDEN

E-MAIL: cdwrn@lefant.net
 SPENDEN: PSK, BLZ 60.000 Kto.-Nr. 726.20.353

Wahlen in Südafrika:

ANC gewinnt, ArbeiterInnen verlieren

Von Albert Kropf, SLP Wien-Mitte

10,8 Millionen SüdafrikanerInnen - 70 % der abgegebenen Stimmen - stimmten am 14. April für den ANC (African National Congress). Besonders drastisch war der Einbruch der New National Party, die auf rund 1% einsackte. Bei den ersten Wahlen 1994 erreichte die direkte Nachfolgepartei des rassistischen Apartheidregimes noch 20% Stimmen. Die nationalistische Zulu Partei Inkatha Freedom Party (IFP) fiel von 10% (1994) auf nun unter 7%. Neben dem ANC ist die wirtschaftsliberale, "weiße" Democratic Alliance (DA) mit 12,3% die zweitstärkste Kraft.

GERINGE WAHLBETEILIGUNG ALS ZEICHEN DES UNMUTS

Aussagekräftiger als der Sieg des ANC ist aber der Rückgang der Anzahl der WählerInnen. Mit diversen Anreizen und einer Ausweitung der Möglichkeiten ließen sich 20 Millionen Menschen in die Wahlregister eintragen. 7 Millionen Menschen konnten aber nicht überzeugt werden

und ließen sich erst gar nicht für die Wahl registrieren. Darunter sind 52% der unter 25 Jährigen! Und von den 20 Mio. Registrierten gingen auch nur 15 Millionen zur Wahl.

ENTWICKLUNG UND POLITIK DES ANC

Der ANC wurde als revolutionäre Organisation mit sozialistischer Zielsetzung in der Illegalität gegründet. Anfang der 90er schwor er dem Sozialismus ab. Trotzdem vertraute noch immer die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung dem ANC - schließlich hatte dieser Jahrzehnte lang mit allen Mitteln für die Rechte der schwarzen Bevölkerung gekämpft. Heute ist der Kern des ANC allerdings ein Teil des Establishments. Einige wenige Schwarze haben auch den Aufstieg zu Südafrikas Wirtschaftselite geschafft. Auf der anderen Seite stieg die Zahl der Menschen unter Armutsgrenze auf mittlerweile 57% an. 7 Mio Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt heute 30,5% - inoffiziell wird sie auf über 40% geschätzt. Trotz un-

zähliger Versprechungen sterben täglich zirka 650 Menschen an Aids - über 5 Millionen SüdafrikanerInnen sind HIV infiziert. Umgekehrt behlohte die südafrikanische Wirtschaft das neoliberale Wohlverhalten des ANC mit einer Wahlspende von 13 Millionen Rand.

NEUE ARBEITERINNENPARTEI

Die Führung des Gewerkschaftsbundes Cosatu ist Teil eines Bündnisses mit dem ANC. Unsere Schwesterpartei - das Democratic Socialist Movement - berichtet von verstärkten Auseinandersetzungen innerhalb des Cosatu. Vor allem die Forderungen nach Auflösung der unseligen Allianz mit dem ANC werden immer stärker: Unlängst sind z. B. aus diesem Grund 6.000 Chemiarbeiter vom Cosatu zu einer unabhängigen Gewerkschaft übergetreten.

TERMIN

Donnerstag, 3. Juni, 19⁰⁰, Wien

DISKUSSION: "Wahlen in Südafrika - 10 Jahre ANC" SLP Wien-Mitte (siehe SEITE 6)



Der ANC lebt immer noch von vergangener Reputation. Doch auch diese schwindet langsam.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 138

Juni 2004



FPÖ: Hart, rechts, herzlos gegen sozial Schwache!

*Die Freiheitlichen geraten zunehmend wieder auf strammen Rechtskurs.
SLP und SWI leisten Widerstand!*

von Pablo Hörtnner und
John Evers, beide SLP Wien

Jedes Jahr veranstalten die deutschnationalen Burschenschaftler des Wiener Korporationsringes am 8. Mai eine Gedenkveranstaltung samt Kranzniederlegung bei der Krypta am Heldenplatz, wo sie ihre gefallenen Helden ehren und die "totale Niederlage" (Burschenschaft Olympia) beweinen. Dass es sich 1945 leider nicht um eine endgültige Befreiung von den Nazis gehandelt hat, konnten viele AntifaschistInnen und Linke spätestens an diesem 8. Mai selbst erfahren. Unter polizeilicher Aufsicht herrschte für alle AntifaschistInnen ab 18.00 Uhr Platzverbot am Heldenplatz. Rechtsextremisten durften dafür einen Fackelzug vom Josefsplatz zum Heldenplatz abhalten und wurden dabei auch noch von der Strasser-Polizei geschützt. Die 59. Totenrede wurde dieses Jahr vom Landesparteiobmann der FPÖ-Wien Heinz-Christian Strache gehalten. Johann Gudenus (RFJ) und Arnulf Helderstorfer (RFS) hatten ebenfalls wesentlichen Anteil am Zustandekommen dieser Veranstaltung. Neben seinem

Vorsitz beim Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) in Wien war Mister "Hart aber herzlich" selbst aktiv bei der Burschenschaft Vandalia. Weiters hatte Strache Kontakte zum mittlerweile verstorbenen NPD-Chef Norbert Burger, mit dessen Tochter er liiert ist. Gemeinsam mit der Machtübernahme von Gudenus jr. im RFJ bedeutet die Ernennung Straches zum Chef der FPÖ-Wien eine Offensive der offen rechtsextremen Kräfte in der FPÖ. Gleichzeitig wird der Schulterschluss mit dem erzkonservativen Lager gesucht. Auf der Homepage www.hcstrache.at finden die Verbindungen zu Kurt Waldheim und Franz Fiedler besondere Erwähnung. Laut Strache braucht die FPÖ "charakterlich geeignete Leute in Führungspositionen, die ideologisch fundiert, leistungsbereit und loyal sind". "Leute wie Grasser oder Riess-Passer dürften niemals wieder in die FPÖ, denn diese", so Strache weiter, "würden ihre Gesinnung wie die Unterhosen wechseln".

FPÖ UND REGIERUNG

Seit dem Amtsantritt von

Schwarz-Blau versucht die FPÖ den Spagat zwischen neoliberaler Regierungspolitik und hausgemachter, rechtspopulistischer Opposition. Die massiven Verluste bei (fast) allen Wahlen zeigen, auf welch wackeligen Beinen dieses Projekt steht. Umgekehrt konnte die FPÖ einige rechte "Erfolge" verbuchen: Sie rühmt sich beispielsweise, das schärfste Asylgesetz Europas durchgesetzt zu haben (Presseausendung, 9.5.2004). Vor allem ist der Rechtsextremismus durch die freiheitliche Regierungsbeteiligung endgültig "hoffähig" geworden. Er stellt heute ein von höchster Ebene anerkanntes und gefördertes Bedrohungspotential dar (Auf der Homepage des "Österreichischen Pennälerringes" findet sich beispielsweise eine Werbeeinschaltung des Sozialministeriums). Einige scheinen sich jene, die eine "Rückbesinnung auf die alten Werte" der FPÖ fordern, auch in ihrem Ruf nach Jörg Haider als dem idealen Kommunikator zu sein. Nach seinem relativ "guten" Abschneiden in Kärnten und vor allem dem Abkommen zwischen Freiheitlichen und SPÖ ist sein bundespolitisches Comeback

tatsächlich wahrscheinlicher denn je. Besonders bedrohlich sind vor diesem Hintergrund auch die immer offeneren Verbindungen von Teilen der FPÖ mit militanten rechten Kräften.

RFJ UND DIE NAZISZENE

In den Internetforen des RFJ wird offen für Nazikundgebungen geworben. Auch ideologisch setzen die Jungfreiheitlichen inzwischen auf die Sprache und Themen der militanten Szene: Von "Umvollung" ist ebenso die Rede wie von neuen Türkenbelagerungen. Auch ein in der rechten Szene üblicher plumper Antiamerikanismus durch den sie anti-imperialistisch scheinen wollen, fehlt nicht: In einer "Ode an unsere Muttersprache" wird gegen den Einfluss des Englischen/Amerikanischen auf "unsere" Kultur gehetzt. Auf der Homepage des RFJ finden sich weitere Hinweise, wohin die Reise gehen soll: Internetlinks führen zum faschistischen Vlaams Blok in Belgien und zum rechten Szeneblatt "Zur Zeit". Dessen Chefredakteur Andreas Mölzer tritt immerhin als Nummer 3 bei den EU-Wahlen für die FPÖ an ...

SOZIALISTISCHER
WIDERSTAND GEGEN RECHTS!

Wem die extremen Rechten tatsächlich dienen, zeigt sich nicht zuletzt an ihrer Haltung zu Arbeitskämpfen und Gewerkschaften: Während des EisenbahnerInnenstreiks gab der RFJ eine Presseausendung (13.11.2003) mit dem Titel "Härte gegen Eisenbahner" heraus. Darin hieß es: Es wäre an der Zeit, gegen die "Erpressungsversuche" der Gewerkschaft "mit der notwendigen Härte zu reagieren". RFJ-Obmann Gudenus schlug vor, "allen Streikenden unverzüglich eine schriftliche Abmahnung und Androhung auf sofortige Kündigung zuzustellen". Unverhohlen wurde vor allem aktiven GewerkschafterInnen gedroht: "Besonders sollte man sich jene wenigen Gewerkschaftsfunktionäre merken, die die Mehrheit der an für sich einsichtsfähigen Kollegen aufhetzen". Wir sagen diesen selbsternannten Vertretern des "kleinen Mannes" den Kampf an. Erfolgreich konnte z.B. am 1. Mai eine Neonazikundgebung in Wien verhindert werden (**VORWÄRTS** berichtete)!

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► **Mehr
Programm!**

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at